

Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 Wien

Wien, am 7. Mai 2014

Geschäftszahl:
BMWFW-10.101/0126-IM/a/2014

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1126/J betreffend „die Instrumentalisierung von Energieimporten“, welche die Abgeordneten Dipl.-Ing. Gerhard Deimek, Kolleginnen und Kollegen am 26. März 2014 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 3 der Anfrage:

Die Aussagen des EU-Kommissars für Energie, Günther Oettinger, betreffen noch offene Fragestellungen zum späteren Betrieb der South Stream-Pipeline, nicht aber ihre Errichtung. Es sind nach den Kenntnisstand meines Hauses von der Europäischen Kommission keine Maßnahmen gesetzt worden oder geplant, die geeignet sind, den Bau der Pipeline zu beeinträchtigen.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass OMV und Gazprom am 29.4.2014 ein Memorandum of Understanding über den Bau des österreichischen Abschnitts der South Stream-Pipeline unterzeichnet haben. Dieses Projekt würde durch eine weitere Diversifizierung der Lieferrouten Österreichs hohe Versorgungssicherheit zusätzlich stärken und die Funktion als europäische Energie-drehscheibe ausbauen.



Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Österreichische Unternehmen beziehen Energie aus vielen Teilen der Welt. Eine Instrumentalisierung dieser Unternehmensangelegenheiten für die Außenpolitik findet nicht statt.

